



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Franz, Julius: Friedrich der Große und der Ursprung des siebenjährigen
Krieges

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Friedrich der Große und der Ursprung des sieben-jährigen Krieges

Von Julius Franz



In der neuern Geschichte giebt es kaum eine schwierigere, aber auch reizvollere Aufgabe für den Forscher, als die Untersuchung über Friedrichs des Großen staatsmännischen Charakter und den Ursprung des siebenjährigen Krieges. Die Phantasie und den Scharfsinn zahlreicher Geschichtsforscher hat sie seit länger als einem Jahrhundert in eifriger Bewegung erhalten, und immer ist sie von neuem in Angriff genommen worden. Aber während sich zahlreiche andre Fragen der neuern Geschichte bei dem Gegensatz der Interessen und Leidenschaften, die dabei mitzuspielen pflegen, kaum zu allgemeiner Zustimmung durchzuringen vermochten, hat sich über die Entstehungsgeschichte des siebenjährigen Krieges, namentlich seit Öffnung der Berliner, Wiener, Pariser und Moskauer Archive allmählich eine allseitig anerkannte Meinung gebildet. Von deutschen und österreichischen, von französischen und russischen Geschichtschreibern, von Ranke, Roser und Maudé, von Arneth, dem Biographen Maria Theresias, und von Beer, von dem Herzog von Broglie und von Martens, dem Verfasser der „Geschichte der russischen Diplomatie,“ ist die Geschichte des Ursprungs des großen Kampfes erforscht worden, und alle sind einmütig zu der Ansicht gekommen, daß König Friedrich dem ihm von Osterreich, Rußland und Frankreich drohenden Vernichtungskampfe, von dessen Plan er im allgemeinen unterrichtet war, durch seine plöbliche Schilderhebung im Jahre 1756 habe zuvorkommen wollen, nach dem alten bewährten Grundsatz, daß die beste Verteidigung der Angriff ist.

Dagegen ist die Beurteilung der Thätigkeit des Staatsmanns Friedrich lange Zeit zu keiner Stetigkeit gelangt. „Das Leben des Genius ist immer geheimnisvoll, selten erscheint es so schwer verständlich, wie in dem unererschöpflichen Reichthum dieses Geistes.“ Von der Revolution achtlos verworfen, von den großen Reformern von 1807/8 hart bekämpft, weil sie seine gewaltige Erbschaft nicht anerkennen wollten, die Erbschaft der verwegnen Staatsbildung, die sich ohne die belebende Kraft des Genies nicht zu behaupten vermochte — ist der Träger des alten Systems erst vom Liberalismus, von dem hochbegabten

Schotten Thomas Carlyle wieder gewürdigt worden. Aber erst unsrer Zeit war es vorbehalten, das Wirken des Königs ganz zu erkennen und ihm auch als Vertreter des Merkantilsystems volle Gerechtigkeit zu teil werden zu lassen.

Raum aber war das Andenken des Vielgeschmähten, Vielbefehdeten in seiner ganzen Fülle und Kraft, wie es einst den bewundernden Zeitgenossen erschienen war, wiederhergestellt, da trat auch schon das Widerspiel ein. Man begann der harten, rücksichtslosen preußischen Art und der Einseitigkeit der kleindeutschen Geschichtschreibung, die in Johannes Gustav Droysen und Max Duncker ihre glänzendsten Vertreter gefunden hat, inne zu werden — eine natürliche Folge der Erfüllung der nationalen Gedanken und Bestrebungen, denen der geheimnisvolle Alte noch als ein geheiligtes Symbol gedient hatte — und trat nun mit scharfem Widerspruch der ältern Verherrlichung oder, wie man es nennt, der „preußischen Legende“ entgegen. Der lauteste Wortführer, der entschiedenste Vorkämpfer dieser, namentlich in jüngern Forscherkreisen gepflegten Richtung ist Max Lehmann, der Verfasser der Biographie Scharnhorsts.

In seinem kürzlich erschienenen Buche: „Friedrich der Große und der Ursprung des siebenjährigen Krieges“ hat es Lehmann unternommen, „die bisher allgemein geltende Ansicht, König Friedrich habe den siebenjährigen Krieg nur aus Notwehr begonnen,“ umzustürzen, „energisch, straff, knapp, mit einer langen Kette wohlgepflegter Beweise, die er mit apodiktischer Gewißheit aneinander reiht.“ Lehmann behauptet, Friedrich habe sich im innersten Herzen mit Eroberungsabsichten getragen und mit Freuden die günstige Gelegenheit des preußenfeindlichen Bündnisses ergriffen, um den Krieg zu beginnen. Er bestätigt zwar die österreichischen Angriffspläne, leugnet aber, daß der Dreibund vollendet gewesen sei, ja daß er überhaupt zu stande gekommen wäre, wenn nicht der unvorhergesehne Angriff des Königs die letzten Hindernisse beseitigt hätte. Zweck und Ziel sei für ihn die Eroberung von Sachsen und Westpreußen gewesen.

Bei der Beurteilung des Lehmannschen Buches handelt es sich um nichts geringeres als um die Beantwortung der Frage, ob die Auffassung von Friedrichs staatsmännischem Charakter wiederum von Grund aus umgestürzt werden, ob das Gesamturteil über die Beweggründe des Königs im Jahre 1756 endgültig aufgegeben werden müsse, und ob die Methode der Quellenbenutzung, der psychologischen Auffassung, wie sie hier an einem großartigen Beispiel angewendet worden ist, als richtig anerkannt werden könne. Und es handelt sich weiter um das unbestreitbare Recht der Geschichtswissenschaft auf die Veröffentlichung der wichtigsten Aktenstücke über die vaterländische Geschichte, um Fragen der „wissenschaftlich persönlichen Diskussion, ihrer Formen und ihrer Sittlichkeit.“ Wahrlich Gründe genug, die Aufmerksamkeit auch weiterer Kreise auf diesen Gegenstand zu lenken. Hören wir zunächst den Verfasser.

Um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts war in den brandenburg-preussischen Gebieten das absolute monarchische Prinzip bereits mit vollster Strenge durchgeführt. Von selbständigen Organen neben dem Königtum war nicht mehr die Rede, insbesondere war das dürftige Steuerbewilligungsrecht der Stände beseitigt oder hatte wenigstens keinerlei politische Bedeutung mehr. Im ganzen Lande herrschte nur der Wille des Königs, der durch einen nur von ihm allein abhängigen, hingebenden, gewissenhaften Beamtenstand unbedingt zur Ausführung gebracht wurde.

Friedrichs erste Aufgabe nach dem Dresdner Frieden war, den durch die Kriege erschöpften Staatsschatz wieder zu füllen. „Er war der Ansicht, daß der Staat den Bedarf für vier Feldzüge, jeden zu fünf Millionen Thaler gerechnet, vorrätig haben müsse.“ Der sparsame, umsichtige Geist, der des Königs Finanzverwaltung beherrschte, brachte es unter strenger Wahrung des Grundsatzes, niemals die ganze Jahreseinnahme zu verbrauchen, dahin, daß er bereits im Jahre 1756 über 16350000 Thaler verfügte. An Kriegsbedarf aller Art, Waffen, Munition, Uniformen, waren zu derselben Zeit so viel Vorräte aufgehäuft, daß die Armee fast verdoppelt werden konnte, während in zahlreichen, in den Festungen und längs der großen Flüsse angelegten Kriegsmagazinen ungeheure Proviantmassen angesammelt waren.

Den Festungen war in der damaligen Kriegskunst eine weit wichtigere Rolle zugeteilt als in unserm Zeitalter des Dynamits und Melinitz, und es „kennzeichnet die Weltlage, wenn der König keine seiner Landschaften so stark verwahrte wie Schlessien.“ Hier war bis zum Jahre 1755 eine doppelte Reihe von Festungen — Kosel, Neiße, Glatz, Schweidnitz, Brieg, Breslau, Glogau — teils ausgebaut, teils neu angelegt worden.

Nachdem Friedrich der Sorge um die Sicherung Schlesiens enthoben war, ging er eifrig daran, neue Regimenter zu errichten, wobei die von Friedrich Wilhelm I. geschaffne Grundlage des Werbe- und Kontonystems mit seiner Enrollierung, Beurlaubung und jährlich wiederkehrenden Exerzierzeit beibehalten wurde. Unausgesetzte Übungen und Musterungen, eine eiserne Mannszucht und ein tüchtiges Offizierkorps machte die preussische Armee zur schlagfertigsten Europas.

Mit einem solchen Heerwesen konnte die österreichische Armee keinen Vergleich aushalten. Zwar hatte Maria Theresia gleich nach dem Erbfolgekriege ein gleichförmiges Exerzierreglement, wie es die preussische Armee längst hatte, ausarbeiten lassen, wonach die Truppen jährlich zwei Monate in besondern Lagern ausgebildet werden sollten; aber es fehlte an dem wichtigsten: an der einzuübenden Mannschaft. Die Regimenter hatten sich vollzählig zu erhalten gesucht durch Werbungen im Lande und im Reiche. Hauptfächlich waren es aber doch immer wieder die Stände gewesen, die wie die Steuern so auch die Mannschaften hergeben mußten. Aber das alles reichte nicht aus, die Armee

zu ergänzen, um so weniger, als die durch Werbungen außerhalb der Landesgrenze beschafften Rekruten höchst unzuverlässige Leute waren. Liefen doch von den im Sommer 1749 angeworbenen 20000 ausländischen Rekruten nach kurzer Zeit mehr als 15000 wieder davon.

Daß solche Notbehelfe in einem Kriege mit Preußen, das durch seine Kantonsverfassung ein entscheidendes Übergewicht hatte, nicht ausreichend waren, lag auf der Hand. Man kam daher auf den Gedanken, eine Nationalmiliz aufzustellen, die im Kriegsfall sofort von den regulären Infanterieregimentern übernommen werden könnte. Diese Milizsoldaten sollten in den Monaten April, Mai, Juni und November, „wo der Landmann am wenigsten durch seinen Beruf in Anspruch genommen wird, auf bequem gelegnen Plätzen, jedoch nur an Sonn- und Feiertagen von Offizieren und Unteroffizieren der benachbarten Garnisonen in den Kriegsexerzitien unterwiesen werden. Nachlässigkeit und Widerspenstigkeit sollten wie bei der Armee, niemals aber mit Arrest bestraft werden; den Offizieren ihrerseits wurden Strafen angedroht, wenn sie nicht alle Moderation gebrauchten. Für die Ausfüllung aller in Kriegs- und Friedenszeiten entstehenden Lücken hatten die Stände zu sorgen.“ Aber es fand nicht eine einzige Übung der Miliz statt. Zur Annahme „selbst dieser abgeblaßten Kopie des preußischen Militärsystems“ war der österreichische Staat nicht imstande. Es folgten dann neue Verhandlungen mit den Ständen der deutschen Erblande. Aber obwohl die Stände endlich die geforderte Rekrutentlieferung bewilligten, zeigte doch die österreichische Infanterie beim Ausbruch des Krieges von 1756 einen Ausfall von 8 Prozent.

Ebenso traurig stand es mit den österreichischen Finanzen. Während Preußen so gut wie keine Schulden hatte und aus den Überschüssen der Grundsteuern, der Domänenpacht und der Accise nicht nur seine großartigen militärischen Aufwendungen bestreiten, sondern auch den Schatz füllen konnte, hatte Österreich nichts von ähnlichen Einrichtungen aufzuweisen, seine Staatsschuld belief sich im Jahre 1755 auf 118 Millionen, und ihre Verzinsung nahm die Erträge ganzer Verwaltungen in Anspruch. Das Heer blieb auf Kontributionen angewiesen, bei dem Partikularismus der Provinzen und ihrer Stände eine unzuverlässige, spärlich fließende Quelle. Die Folge war, daß die Truppen und die vorhandenen Festungen nur notdürftig ausgerüstet werden konnten.

Bei dieser Lage ist es begreiflich, daß die österreichischen Staatsmänner daran verzweifelten, allein mit den Kräften ihres Gemeinwesens den König von Preußen zu bewältigen. Sie suchten daher nach Bundesgenossen. Der Staatskanzler Kaunitz, der damals die österreichischen Geschicke lenkte, wandte sich zuerst an Rußland und fand dort freundliches Entgegenkommen. Zwar war das Moskowiterreich bisher in vielen Fragen der auswärtigen Politik, insbesondre hinsichtlich Schwedens und Polens, mit Preußen zusammengegangen. Als aber der große König mit Frankreich ein Bündnis schloß, das Rußland

überall entgegenarbeitete, und einem Angriff Schwedens auf Rußland gelassen zuschaute, trat die russische Kaiserin Elisabeth aus Besorgnis, daß der ehrgeizige und unersättliche König jetzt die Absichten seiner Vorfahren auf Kurland und das polnische Preußen verwirklichen werde, auf Österreichs Seite und erbot sich, alsbald 80000 Mann gegen Preußen mobil zu machen und die Waffen nicht eher niederzulegen, „bis sie das Königreich Preußen, Maria Theresia Schlesien und Glatz erobert habe.“

Merkwürdigerweise zeigte aber Kaunitz keine Eile, den angetragenen Bündnisvertrag zu verwirklichen, sondern er erließ an den Gesandten Grafen Esterhazy unterm 22. Mai 1756 eine Note mit der Anweisung, die russischen Rüstungen zu hintertreiben. Das halbbarbarische Land mit einem wollüstigen, eiteln, trägen, unfähigen Weibe an der Spitze, mit seinen ewigen Palastrevolutionen, mit seinem liederlichen, bestechlichen Beamtentum — stand doch sogar der Großkanzler Bestuscheff im englischen Solde —, seinen schwachen finanziellen Hilfskräften, dem schwerfälligen Mechanismus seiner Armee schien dem gewiegten Staatsmanne nicht ausreichend, mit seiner Hilfe allein den Kampf gegen Preußen erfolgreich zu bestehen. Erst im Bunde mit einer dritten Macht, mit Frankreich, glaubte er des Erfolges sicher zu sein.

Frankreich hatte in dem damaligen europäischen Völkerkonzert unbedingt eine einflußreiche, wenn nicht die tonangebende Stellung. Der französische Diplomat und der französische Kaufmann hatten im osmanischen Reiche die führende Rolle. „In Italien hielten die Bourbonen dem Hause Habsburg-Lothringen mit Erfolg das Gegengewicht.“ Schweden war den Franzosen verpflichtet; in Polen stand die Wahl eines französischen Prinzen zum Könige bevor, und in Deutschland „hatten sich religiöser wie politischer Protestantismus nur behauptet mit Frankreichs Hilfe.“ Friedrich selbst glaubte mit Frankreich unlösbar verbunden zu sein; nannte er doch Elsaß-Lothringen und Schlesien zwei Schwestern, von denen die eine den König von Preußen, die andre den König von Frankreich geheiratet habe; bezeichnete er doch geradezu den Rhein als die natürliche Grenze Frankreichs. Zu alledem kam noch, daß Österreich durch die Besitzergreifung Belgiens, Mailands, Ungarns die französische Eifersucht erregt hatte. Bei dieser Lage der Dinge schien alles andre eher möglich zu sein, als ein Zusammengehen Frankreichs mit seinem alten Widersacher. Und in der That wurden auch die ersten Annäherungsversuche Österreichs abgelehnt.

Aber bald wurde der französische Hof durch die unzweideutige Hinneigung Friedrichs zu England, den Nebenbuhler Frankreichs zur See, umgestimmt. Durch die Konvention von Westminster (16. Januar 1756) verlegte der König den Franzosen den Zugang zu der verwundbarsten Stelle des englischen Reichs, den hannoverschen Landen, während England auf den Beistand der Russen verzichtete. Darüber erzürnt, schloß der französische Hof mit Österreich den

Versailler Vertrag vom 1. Mai 1756, worin beide Mächte einander ihre europäischen Besitzungen verbürgten und sich im Falle eines Angriffs zur gegenseitigen Hilfeleistung verpflichteten. Alle weitergehenden österreichischen Forderungen, Frankreich für die Wiedergewinnung Schlesiens und die völlige Vernichtung Preußens zu gewinnen, fanden in Versailles kein Gehör. Man mochte dort nicht mit Unrecht fürchten, daß nach der Niederwerfung Preußens Österreich im Verein mit England seine Waffen gegen Frankreich kehren würde.

So war die Lage im Juni 1756. Wenn Friedrich jetzt zum Angriff vorging, so war Österreich, das mit seinen Bundesgenossen lediglich auf die Verteidigung angewiesen war, in der glücklichen Lage, die vertragsmäßigen Kontingente von ihnen zu fordern. Sinnigere Beziehungen zwischen den Bundesgenossen herzustellen, konnte es dem Kriege überlassen. Dennoch unterschätzte man in Wien keineswegs die Gefahr, die von Friedrich drohte. Man suchte ihm deshalb ängstlich jeden Vorwand zu einem Überfalle zu nehmen; hatte man doch sogar seit 1754 die herkömmlichen Übungslager in Böhmen und Mähren ausfallen lassen. Nichts deutete in Österreich auf einen bevorstehenden Krieg.

Da traf die Nachricht von Friedrichs Rüstungen ein.

Seit dem 17. Juni 1756 waren in Preußen verschiedene, zum Teil geheim gehaltene Maßregeln getroffen worden, die auf einen bevorstehenden Krieg hindeuten schienen: die Armirung der schlesischen Festungen, die Verproviantirung der Kriegsmagazine, der Remontenanlauf, die Einberufung der Beurlaubten und der auf Werbung befindlichen Offiziere. Ende Juni waren 27 Infanterieregimenter, 4 Grenadierbataillone, 24 Kavallerie- und 7 Garnisonregimenter, also mehr als die Hälfte der ganzen preußischen Armee mobil. Nachdem schließlich noch die Artillerie und die Trainfuhrwerke bespannt waren, ließ der König die mobilen brandenburgischen und pommerschen Regimenter mit den Garnisonen wechseln, offenbar zu dem Zweck, ähnlich wie vor Ausbruch des Krieges 1744, durch Märsche und Gegenmärsche seine wahren Absichten zu verhüllen.

Auf die aus Preußen kommenden Nachrichten trat in Wien am 8. Juli eine Rüstungskommission zusammen. Da ein Einfall des Gegners durch sächsisches Gebiet augenscheinlich nicht zu besorgen war, so richtete die Kommission ihr Hauptaugenmerk auf die bedrohte schlesische Grenze. Da es an Festungen fehlte, sollten auf dieser Seite Lager gebildet werden. Aber es fehlte auch an Menschen und Pferden. Für die Herbeischaffung der Mannschaften sollten die Werbungen mit verdoppeltem Eifer betrieben und die Stände und der ungarische Landtag zur Rekrutenlieferung angehalten werden, Maßregeln, die, wie sich denken läßt, viel Zeit beanspruchten. Zunächst blieb nichts andres übrig, als aus den vierten Bataillonen jedes deutschen Infanterieregiments, die in den Garnisonen zurückblieben, die fehlenden Mannschaften der drei übrigen zu ersetzen.

So kam es, daß die ersten Marschbefehle erst am 16. Juli — also volle vier Wochen nach dem Beginn der preußischen Rüstungen — ausgefertigt werden konnten, und zwar auch nur an die böhmischen und mährischen Truppen und an fünf mobile ungarische Kavallerieregimenter. Alle andern Truppenkörper, wie die ober-, die nieder- und die innerösterreichischen, sowie die kroatischen, steiermärkischen und die Grenzregimenter, brachen erst weit später auf und langten zum Teil erst nach dem 15. September im Lager bei Kolin an. Und das alles war nur notdürftig ausgerüstete Infanterie und Kavallerie; für die Artillerie und den Train fehlte es damals noch an Pferden. Am 29. August verfügten die in Böhmen und Mähren zusammengezogenen Truppen noch über kein einziges Geschütz, von Pontons und Brückenmaterial ganz zu schweigen. Wenn Friedrich damals — Ende August — zum Angriff vorgegangen wäre, hätte er Österreich einfach überrannt. Das ergeben die Protokolle der Rüstungskommission und die Berichte der österreichischen Generale „mit einer geradezu niederschmetternden Gewißheit.“

Statt dessen verlangte der preußische Gesandte in Wien zu drei verschiedenen malen Aufklärung über den Zweck der österreichischen Rüstungen. Die Anfragen, einer Kriegserklärung gleich, beschleunigten die österreichische Mobilmachung. Es wurden neue Regimenter, namentlich aus Ungarn, Italien und den Niederlanden, in Bewegung gesetzt. Aber erst Ende September war die Feldarmee wirklich schlagfertig und die Festung Olmütz einigermaßen armirt.

Unterdes waren die Verhandlungen mit dem französischen Hofe weitergeführt, aber die Teilnahme an einem Angriff auf Preußen — das sehnlichste Ziel aller österreichischen Bestrebungen — von Frankreich beharrlich abgelehnt worden. Nur für den Fall, daß Österreich angegriffen werden sollte, erklärte sich Frankreich bereit, nicht nur die vertragsmäßige Hilfe zu leisten, sondern es mit allen Kräften zu unterstützen. Noch am 20. August wußten die allmächtige Marquise von Pompadour und der Abbé Bernis, der vertraute „Günstling der Günstdame,“ die beiden wärmsten Fürsprecher Österreichs, am Versailler Hofe mitzuteilen, der König werde sich nimmermehr an einem Angriffskriege gegen Preußen beteiligen.

So standen die Dinge, als Friedrich zum Angriff schritt. Nun drang Frankreich selbst auf den Abschluß eines engen Bündnisses mit Österreich, worauf am 1. Mai 1757 der zweite Vertrag von Versailles zustande kam, der die Zerstückelung Preußens und die Degradierung des Königs zum Marquis von Brandenburg zum Ziele hatte.

Der kühne Entschluß Friedrichs hatte auch die englische Partei in Petersburg lahmgelegt. Rußland trat in die Koalition ein, und „das System des österreichischen Staatskanzlers war fertig.“ Die habsburgische Hauspolitik feierte einen unvergleichlichen Triumph.

Die preußische Überlieferung über den Ursprung des siebenjährigen Krieges
Grenzboten III 1896

geht bis heute zurück auf das Geschichtswerk des großen Königs: *Histoire de la guerre de sept ans*, worin Friedrich die Ursache mit folgenden Worten schildert: *La conjuration des puissances de l'Europe contre la Prusse était tout formée. L'impératrice-Reine, celle de Russie, les rois de France et de Pologne étaient d'accord et sur le point d'entrer en action, de sorte que le Roi n'en aurait eu ni un ami de moins ni un ennemi de plus* — ferner auf die (übrigens erst 1856 bekannt gewordne) Schrift: *Apologie de ma conduite politique*, worin Friedrich seinen Angriff nach der Koliner Niederlage zu rechtfertigen sucht, und zwar im Widerspruch zu seinen eben angeführten Äußerungen; denn, so schreibt er hier, *comment pouvais-je deviner, que la France enverrait 150 000 hommes dans l'Empire? Comment pouvais-je deviner, que cet Empire se déclarerait que la Suède se mêlerait de cette guerre, que la France payerait des subsides à la Russie? . . . La France n'avait aucun traité avec le roi de Pologne, aucune liaison ne l'obligeait à le secourir. . . . Comment prévoir, que les larmes de la dauphine, les calomnies de la reine de Pologne et les mensonges de la cour de Vienne induiraient la France dans une guerre diamétralement opposée à ses intérêts politiques?*

Wie verhält es sich nun mit dieser zweiten Darstellung? Enthält sie die ganze Wahrheit, oder kommt sie ihr nur näher als die „Geschichte des siebenjährigen Krieges“? Lehmann bejaht die zweite Frage. Zum Beweis zieht er gewisse Vergrößerungspläne Friedrichs heran. Trotz vieler friedlich und resignirt klingender Äußerungen, die von ihm überliefert sind, hat sich Friedrich doch mit mannichfachen Vergrößerungsplänen getragen. Schon während seines Küstriner Exils hatte er geäußert, daß die Erwerbung von Polnisch-Preußen, Schwedisch-Pommern, Mecklenburg und Süllich-Berg eine politische Notwendigkeit für Preußen sei. Mit Rücksicht auf die Eifersucht Frankreichs verzichtete er auf Erwerbungen im Westen und zog es vor, mit Frankreichs Hilfe Schlessien zu erobern. Kaum sah er sich in Schlessiens Besitz, so richtete er auch schon sein Augenmerk auf das nördliche Böhmen, das er in den Friedensverhandlungen von 1742 und beim Ausbruch des Krieges von 1744 von neuem begehrte. Auf Ostfriesland legte er so geringen Wert, daß er es schon 1741 gegen einen Teil von Mecklenburg vertauschen wollte und 1745 den Entschluß faßte, Emden an die Engländer zu verkaufen.

Welchen weitausschauenden Plänen aber seine Gedanken wenige Jahre vor dem siebenjährigen Kriege nachjagten, erkennt man am besten „aus jener Urkunde, die unter allen Kundgebungen seines Genius wohl die großartigste ist, dem Politischen Testamente von 1752.“ Niedergeschrieben zu einer Zeit, wo sich der König dem Tode nahe glaubte, und an seine Nachfolger gerichtet, ist das Testament aufs lebhafteste von dem Gedanken durchdrungen, daß sich Preußen, trotz seines achtbaren Heeres und seiner trefflichen Finanzen, auf die Dauer in einer unhaltbaren Lage befinde. Dem zerplitterten Lande, dessen

schmale Glieder sich fast nach allen Himmelsrichtungen erstreckten, diesem Lande, „das nicht mehr Kleinstaat und noch nicht Großstaat sei,“ bleibe nur die Vergrößerung übrig. Er denkt dabei an Erbschaften und Eroberungen. Aber so wichtig Erbschaften sind, für ihn haben Eroberungen ein viel größeres Interesse, da sie „bestimmten, schwer empfundenen Mängeln abhelfen“ sollen. Dazu aber sind Sachsen, Westpreußen und Schwedisch-Pommern ausersehen. Die Wichtigkeit und die höhere Wahrscheinlichkeit der Erwerbung ergibt sich aus der Reihenfolge, in der die Länder aufgeführt werden.

Der König hat zwar diese Gedanken unter dem Titel: *Rêveries politiques* niedergeschrieben und hat die Eroberung Sachsens nur für den Fall als durchführbar bezeichnet, daß Österreich und Rußland durch einen Angriff Frankreichs, Sardiniens und der Türkei beschäftigt wären. Aber der Umstand, daß das „Politische Testament,“ das unter so seltsamen Eindrücken entstanden war, sich an die Nachfolger wendet, macht es begreiflich, „daß er die Empfehlung einer so grundstürzenden Eroberung, wie die von Sachsen es war, mit möglichst vielen Kautelen umgab.“ „Sich selber traute er schon etwas mehr zu.“ Von bloßen „Träumereien“ kann insofern keine Rede sein, als Friedrich 1756 tatsächlich die in dem „Testament“ verzeichnete Disposition für den Einmarsch preußischer Truppen in Sachsen ausgeführt hat.

Dieselben Gedanken bewegten den König, als er, vier Jahre nach der Niederschrift des Testaments, 1756 den Feldmarschall Lehwaldt anwies, nach Befiegung der Russen und Österreicher womöglich auf die Abtretung von ganz Westpreußen zu dringen. Außerdem ist ein Brief Friedrichs an seinen Bruder August Wilhelm vom 19. Februar 1756 bekannt, worin er von dem Vergnügen spricht, „Sachsen zu demütigen oder besser gesagt zu vernichten.“ In den vom König im Oktober 1759 gemachten Friedensvorschlägen aber wird die Herstellung des status quo als der schlimmste Ausgang für Preußen bezeichnet; lieber will er seine rheinischen Besitzungen den Franzosen, Ostpreußen den Russen überlassen, als auf Sachsen verzichten. Auch in dem „Politischen Testament“ von 1768 kommt Friedrich wiederholt auf die Erwerbung Sachsens und dann Westpreußens zurück. (Die von ihm angeregte und 1772 durchgeführte Teilung Polens verwirklichte in der That die zweite Hälfte seines Plans.) Damals legte er auch seine geheimsten Gedanken in dem *Exposé du gouvernement prussien, des principes sur lesquels il roule, avec quelques reflexions politiques* nieder. Da heißt es ausdrücklich: *Cette acquisition est d'une nécessité indispensable, pour donner à cet Etat (Preußen) la consistance, dont il manque.* Aber während er in dem „Testament“ von 1752 Sachsen gegen das von ihm zu erobernde Böhmen eintauschen wollte, bezeichnete er jetzt seine rheinischen Besitzungen als genügendes Tauschobjekt.

Nach alledem steht fest, daß sich Friedrich im Jahre 1756 bei seinen Handlungen von jenen Vergrößerungsplänen hat beeinflussen lassen. Wenn

trotzdem keine größere Zahl annexionistischer Äußerungen des Königs aus dem Jahre 1756 bekannt ist, so liegt das besonders daran, daß Friedrich eifrig bestrebt war, seine Politik in undurchdringliches Geheimnis zu hüllen, seine ehrgeizigen Pläne vor der Mißgunst Europas zu verbergen, eine Kunst, die er in dem *Exposé du gouvernement prussien* ausdrücklich als eine der wichtigsten Bedingungen des Erfolgs bezeichnete.

Gegenüber diesen Gedanken des Königs sind andre Äußerungen aus dem Sommer 1756 kaum ernsthaft zu nehmen, so, wenn er erklärt, der Krieg sei Preußen aufgenötigt worden, Preußen könne in dem bevorstehenden Kampfe nichts gewinnen, „der Ehrgeiz sei auf die Dauer eine Tugend für Narren, und es sei wahnsinnig, dem Kriege den Vorzug zu geben vor dem Frieden.“

Auch das gewaltige Bündnis von 1756 vermochte den König von seinen kriegerischen Plänen und Absichten nicht abzubringen. War doch das reiche England auf seiner Seite, dessen Unterstützung, wenn auch vor der Hand nicht ihm, so doch auch keinem seiner Feinde zustatten kam; war doch Frankreich, dessen Finanzen von Jahr zu Jahr mehr zerfielen, im Kampfe mit England! Überdies hoffte er, daß die von Frankreich den Österreichern gewährten Hilfstruppen genügend von einem englischen Korps in Schach gehalten werden könnten, ebenso wie eine englische Flotte in der Ostsee die russischen Streitkräfte zügeln würde, denen zum Überfluß noch das Korps Lehwaldt mit seinen 18 000 Mann gegenüberreten könnte. Als einzig gefährlicher Gegner blieb also Österreich. Und das gedachte er „total zu schlagen,“ wie er sich in der Lehwaldtschen Instruktion vom 27. Juli 1756 ausdrückte.

Diese Erwägungen setzten den König in jenen schweren Tagen, wo er einem furchtbaren Krieg entgegenging, in die heiterste Stimmung. Er lebte der festen Überzeugung, daß Preußen nichts zu fürchten habe, daß, „wenn nicht allzu große Dummheiten begangen würden, sein Vorhaben gelingen müsse.“

Aber Friedrich ging ja zum Angriff über, erst nachdem er durch seine Anfragen in Wien den Österreichern kostbare Wochen zur Rüstung gegeben hatte. Da entsteht nun die Frage, wie diese militärisch unentschuld bare Handlungsweise zu erklären ist. Daß sich der König dadurch Aufklärung über die Absichten Österreichs habe verschaffen wollen, ist im Ernst kaum anzunehmen. Er kannte seine Gegner. Ebenso wenig ist daran zu denken, daß er, wie er nach seiner dritten Anfrage ankündigte, seine in Sachsen eingerückten Truppen zurückgezogen haben würde, „wenn Maria Theresia ihm die Versicherung gegeben hätte, daß sie ihn weder in diesem noch im nächsten Jahre angreifen wolle.“ Seine Absicht bei diesem „Frage- und Antwortspiel“ war vielmehr die: seine Gegner in Mißkredit zu bringen. Je mehr er sie ins Unrecht setzte, desto leichter konnte er sich über die Ordnung des Reichs und die Satzungen des Völkerrechts erheben, um seine Absicht, Sachsen an sich zu reißen, durch-

zuführen. Dieses heiße Verlangen nach Sachsen „lähmte seine Offensive gegen Österreich und hinderte, daß in seinem Geiste so kühne strategische Pläne, wie er sie früher und später gehegt hat, Wurzel schlugen.“

Nach dem Einmarsch in Sachsen forderte Friedrich den Kurfürsten August unter Versprechungen aller Art auf, sich ihm anzuschließen. Während der Verhandlungen schloß er das sächsische Lager bei Pirna ein, ohne den bei seiner notorischen Übermacht durchaus zweckmäßigen und erfolgreichen Versuch eines Sturmes zu wagen. Dies Verfahren hat allseitige Beurteilung erfahren, sowohl von anerkannten Heerführern (von Winterfeldt, von Napoleon, Boie) als von urteilsfähigen Historikern (Delbrück, Bernhardi), und es wäre wirklich unbegreiflich, wenn sich Friedrich eben nicht als den Herrn von Sachsen betrachtet hätte. Als solcher mußte er es verhindern, daß „seine alten und seine neuen Untertanen einander zerfleischen.“ Hiermit im innigsten Zusammenhange steht auch die seltsame Idee, daß die gefangne sächsische Armee, abgesehen von den Generalen, „einfach in seinen Dienst zu treten habe,“ wozu er die Eidesleistung wenigstens bei den Mannschaften erzwang, eine Maßregel, die, wie Archenholz sagt, in der Weltgeschichte ohne Beispiel ist und in des Königs eigenem Lager als unerhört bezeichnet wurde. Wenn er dann weiter anordnete, bei den Rekrutierungen in Sachsen alle Ausschreitungen zu vermeiden, insbesondere keine angezessenen Leute zum Dienste zu pressen, so versteht sich solche „Vereinigung von Milde und Strenge bei einem Herrscher, der sich als Landesherr betrachtete,“ von selbst.

Auf Grund aller von ihm zusammengestellten Thatsachen kommt Lehmann zu dem Ergebnis: Es sind im Jahre 1756 zwei „Offensiven“ gewesen, die sich begegneten: die der Kaiserin von Österreich, „gerichtet auf den Wiedergewinn von Schlesien, die Friedrichs auf die Eroberung von Sachsen und Westpreußen.“ Beide Mächte stritten für das Dasein ihrer Staaten. Auf der einen Seite gedachte man Preußen völlig niederzuwerfen, auf der andern hoffte man, das reichste und strategisch wichtigste Land der österreichischen Krone, die Lebensader des modernen Österreich, gegen Sachsen einzutauschen. Durch seinen Einmarsch in Sachsen beschleunigte Friedrich die im August 1756 noch unfertige Verbindung, die den österreichischen Angriff ins Werk setzen sollte, und „indem er seinen Absichten auf das sächsische Land und Heer einen allzu großen Raum gewährte,“ brachte er sich um den Vorsprung, den ihm die mustergiltige Organisation und Kriegstüchtigkeit seines Heeres gewährte.

Das Verhalten Friedrichs gegen Sachsen entsprach dem Geiste der Zeit. Alles schien ihm erlaubt, sobald es die Staatsraison erforderte. Allerdings mußte Sachsen, dessen Grenze sieben Meilen südlich von der Hauptstadt des preussischen Staates lag, „entweder Preußens Freund oder es durfte überhaupt nicht sein.“ Das zeigte sich besonders in den Jahren 1813/14, da es durch seine Beziehungen zu Frankreich aufs schwerste die Befreiungspläne gefährdete.

Die Annexion des ganzen Landes, die „die großen Deutschen im Räte Friedrich Wilhelms III.“ für unbedingt notwendig hielten, ist „die stärkste Rechtfertigung der Absichten Friedrichs,“ nur mit dem Unterschiede, „daß den damaligen Patrioten Deutschland über Preußen ging, während Friedrichs Herz nur für Preußen schlug.“

Lehmann schließt sein geistvolles Buch mit persönlichen Angriffen auf Raudé, dessen Wissenschaftlichkeit und bona fides er — ohne stichhaltige Gründe — ansieht, und den er zum Vertreter „einer tendenziös-preußischen Gesichtsfilosofie“ stempelt. Er selbst stellt sich als den tugendhaften, tapfern Rächler der geschmähten, unglücklichen „antipreußischen Kezerei“ hin, deren ewigen Wahrheiten er gegen die „Legendengläubigen“ zum Siege verholfen habe.

(Schluß folgt)



Ein Preisauschreiben

Von Adolf Bartels



Im allgemeinen bin ich kein Freund von Preisauschreibungen, und zwar aus folgenden Gründen. Erstens steht gewöhnlich der Preis in keinem Verhältnis zu der Arbeit, die dafür aufgewendet wird; wenn sich hundert um einen Preis bewerben, den nur einer erhalten kann, so ist das vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus eine ungeheure Arbeitsverschwendung, ganz abgesehen davon, daß die Preise gewöhnlich nicht besonders hoch sind. Zweitens kommt bei den Preisbewerbungen gewöhnlich nicht viel heraus, zumal wenn künstlerische Aufgaben zu lösen sind; auch der Künstler darf ja ein guter Geschäftsmann sein, aber das Schaffen in der ausgesprochenen Absicht, einen Gewinn zu erzielen, ist ohne Zweifel nicht das richtige, und nur in seltenen Fällen wird dabei etwas wertvolles entstehen. Drittens: die litterarischen Preisauschreibungen sind insofern geradezu verhängnisvoll, als sie die Zahl der schreibenden Menschen, die doch, weiß Gott, groß genug ist, noch bedeutend vergrößern; hat die Schriftstellerei schon im gewöhnlichen Lauf der Dinge eine verhängnisvolle Ähnlichkeit mit einem Glücksspiel, so wird sie durch die Preisauschreibungen ganz offen zu einem solchen gestempelt, und wer sich einmal an Tintenverschwendung gewöhnt hat, der kann meist nicht mehr davon lassen. Diese Mißstände und Folgen treten selbst bei Preisauschreibungen hervor, die durchaus ernsthafter Natur sind; meist aber ist ja ein Preisauschreiben, besonders ein litterarisches, weiter nichts als ein Versuch, billig zu ausgebreiteter Reklame zu kommen.